

Stellungnahme zum Positionspapier des Sächsischen Richterbundes

Sehr geehrter Herr Schade,

vorangestellt möchten wir Ihnen unseren Dank aussprechen. Viele Verbände übermitteln uns pauschal ihre Fragen und teilen selbst die eigenen Positionen nur auf Nachfragen mit.

Mit Ihrer Stellungnahme haben wir eine sehr gute Grundlage, um in den Dialog zu treten und künftig gemeinsam den Rechtsstaat und die Dritte Gewalt in unserem Freistaat zu stärken.

Ebenso vorangestellt halten wir fest, dass wir weitgehend mit Ihrer Stellungnahme und Vorstellungen für die künftige Legislaturperiode sowie dem Zeitraum darüber hinaus konformgehen. Aus diesem Grund möchten wir unsere Stellungnahme auf Nennung einiger wesentlicher Punkte reduzieren.

1. Gute personelle und sachliche Ausstattung

Gerade in der jetzigen, politisch aufgeheizten Lage ist es eine Schande für den Freistaat, wenn Häftlinge in Untersuchungshaft freigelassen werden müssen, weil es beispielsweise an einer ausreichenden Personalkapazität in der Strafjustiz mangelt.

Auch die teils erhebliche Verfahrensdauer an den Fachgerichten stellt ein Ärgernis dar, welches dringend abgestellt werden muss. Nicht wenige Richter opfern sich persönlich auf, um den Aktenbergen Herr zu werden. Ein Richter ist hier beispielweise bekannt, der während einer Erkrankung, im Krankenbett, seine Fälle bearbeitet hat. Diese Arbeitseinstellung geht weit über das Wort „überobligatorisch“ hinaus. Solche Richter benötigen auch eine entsprechende Anerkennung durch den Freistaat.

Wir wollen bereits jetzt entsprechendes Personal anstellen, um den künftigen Altersabgang frühzeitig zu kompensieren und gleichzeitig die bestehenden Aktenberge abzarbeiten. Spätestens im kommenden Doppelhaushalt muss dies aufgegriffen werden, wenn nicht gar in einer Nachverhandlung des aktuellen Haushalts, um noch rechtzeitig gestaltend tätig werden zu können.

Zudem wollen wir darauf achten, dass wir in 30 bis 40 Jahren nicht gleichen Probleme haben. Wir benötigen daher eine größere Altersdiversität.

2. Ausbildung und Bezahlung

Wenn wir auch künftig gute und sehr gute Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Sachsen beschäftigen möchten, dann müssen wir bereits in der Ausbildung an der Juristenfakultät in Leipzig den Grundstein dafür legen.

Wir sehen in unserem Wahlprogramm explizit vor, dass wir gemeinsam mit den Beteiligten, wie der Juristenfakultät und dem Deutschen Richterbund ins Gespräch kommen wollen, um frühzeitig die besten Köpfe an die Justiz heranzuführen.

Den Studenten der Rechtswissenschaften ist bereits bewusst, dass die Anwaltschaft eine bessere Bezahlung für die Besten des Jahrgangs bietet. Die Justiz muss daher neben einer sehr guten sachlichen Ausstattung auch finanziell konkurrenzfähig bleiben. Die bestehenden finanziellen Spielräume wollen wir hierfür nutzen.

3. Rechtsstaatsoffensive

Wir wollen eine unabhängige Justiz in Sachsen, die fest in der sächsischen Gesellschaft verankert ist. Auch wir setzen uns für eine Verbesserung der politischen Bildung ein, die auch die Funktionsweise

und den Inhalt der Arbeit der Justiz vermitteln soll. Leider wissen bis heute viele Menschen in Sachsen nicht, was die Justiz leisten kann und was nicht.

Die Arbeit der Gerichte muss in der öffentlichen Wahrnehmung eine größere Rolle spielen. Die Verbesserung der Pressearbeit oder das entsenden von Richtern in die Schulen können dabei mögliche einzelne Bausteine der Öffentlichkeitsarbeit sein. Wir sind aber auch offen für andere Maßnahmen.

Es ist für uns daher von besonderer Bedeutung, dass die Politik nicht in die Justiz eingreift bzw. die Möglichkeiten des Eingriffs in die dritte Gewalt auf ein Minimum reduziert wird.

4. Ausblick

Wir wollen als Freie Demokraten nicht von oben herab, sondern in Kooperation mit den Beteiligten unseren Rechtsstaat weiterentwickeln. Wir sind dabei auch für neue Wege offen, gerade auch mit Hinblick auf den demografischen Wandel, der die Justiz hart treffen wird, wenn wir jetzt nicht frühzeitig entgegensteuern.

Für Gespräche stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung. Als Gesprächspartner stehen Ihnen beispielsweise MdB Dr. Jürgen Martens als ehemaliger Justizminister oder Rechtsanwalt Steve Görnitz, der die sächsischen Freien Demokraten auf Listenplatz 5 der Landesliste vertritt, zur Verfügung.